

## Unknown Title

---

Schlechtverdiener wenden sich von der Ampelkoalition ab

[Im Browser lesen](#)

*Neue Zürcher Zeitung*



### Der andere Blick

von Johannes C. Bockenheimer  
Redaktor NZZ Deutschland

Lieber Herr Nieporte

Heute geht es um einen angeschlagenen Handelskonzern und Wiesen ohne Gras. Doch zunächst zum Kommentar.

**Neue Zürcher Zeitung**

Sichern Sie sich jetzt 1 Monat für 1 Euro

[Jetzt abonnieren](#)

Thema des Tages: Der deutsche Staat missachtet die Arbeit seiner Bürger



Erhalten weniger Zustimmung von Schlechtverdienern: Kanzler Olaf Scholz, Wirtschaftsminister Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner (von rechts).

Imago

Es ist nicht so, dass sich die deutsche Regierung nicht bemüht hätte um die Schlechtverdiener und Bedürftigen, die Mittellosen und die Abgehängten – um die Menschen also, die nicht so viel Glück in ihrem Leben hatten oder haben. Zum Regierungsantritt hat sie den Mindestlohn per Verordnung angehoben. Wenig später dann das Bürgergeld eingeführt – eine staatliche Grundabsicherung, deren Sätze noch über den bisherigen Sozialabsicherungen liegen. Gedankt wird es der deutschen Ampelkoalition indes nicht. Eine neue Umfrage der Bertelsmann-Stiftung kommt zu dem Ergebnis, dass sich vor allem die Schlechtverdiener von ihr abwenden. Im prekären Milieu kommen SPD, Grüne und FDP laut der Umfrage zusammengerechnet nur noch auf 21 Prozent Zustimmung, bei der Bundestagswahl 2021 lagen die Parteien in dieser Wählergruppe noch bei 46 Prozent. Viele Menschen, vor allem aus den sozial schwächeren Milieus, fühlten sich nicht mehr hinreichend repräsentiert, schreiben die Autoren der Umfrage folgerichtig.

Ein Job ist mehr als Broterwerb

Die Ergebnisse sind auch ein Beleg dafür, dass es der «Ampel» an Vorstellungskraft fehlt, was die Menschen des Landes als ein gutes, erstrebenswertes Leben erachten. Vielen Bürgern ist ein anstrengender Arbeitstag allemal lieber als ein Leben, das ohne Aufgabe und Bestimmung, dafür aber in Abhängigkeit von staatlichen Transferzahlungen und den Almosen anderer geführt wird. Denn einem Job geht man meist nicht allein zum Broterwerb nach. Menschen identifizieren sich mit ihrer Arbeit, erfreuen sich an den Erfolgen, die ihre tägliche Anstrengung hervorbringt.

## ANZEIGE



### Jetzt Immobilie kostenlos online bewerten

Der Marktwert Ihrer Immobilie unterliegt ständigem Wandel. Erfahren Sie den aktuellen Marktwert kostenlos innerhalb von 3 Minuten. Profitieren Sie zudem von persönlichen Rundum-sorglos-Service der AgentSelly, wo Sie nur im Erfolgsfall zahlen.

Und ja, ein harter, vielleicht sogar schweisstreibender Arbeitstag soll nach Feierabend auch mit einem fairen, auskömmlichen Lohn vergolten werden. Den deutschen Unternehmen ist hier kein Vorwurf zu machen: Sie zahlen im internationalen Vergleich gut. Nach Abzug von Steuern und Abgaben reicht es dennoch häufig nicht zum Leben. Da hilft auch eine etwas üppigere Anhebung des Mindestlohns nicht.

Mehr als eine halbe Million Menschen kann Miete nicht mehr allein stemmen

Nur ein Beispiel: In Deutschland beziehen derzeit rund 600 000 Beschäftigte einen staatlichen Zuschuss zur Miete. Mehr als eine halbe Million Bürger kann also nicht mehr eine der elementarsten Ausgaben überhaupt, ein Dach über dem Kopf, aus eigener Kraft stemmen. Die Bundesregierung könnte daran etwas ändern, sie könnte Schlechtverdiener grosszügig entlasten und ihnen somit ein selbstbestimmtes und eigenfinanziertes Leben ermöglichen. Doch das macht sie nicht. Über Steuererleichterungen wird in der «Ampel» zumeist geschwiegen und stattdessen über einen weiteren Ausbau des Sozialstaates verhandelt.

Dabei hat er schon heute eine Rekordgrösse erreicht. Insgesamt gibt Deutschland mittlerweile jährlich rund 1,2 Billionen Euro für Sozialleistungen aus. Das Sozialbudget hat sich damit in den letzten dreissig Jahren fast verdreifacht. Es handelt sich dabei längst nicht mehr nur um die prekären Milieus, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Bis weit in die Mittelklasse hinein werden Leistungen wie das Wohngeld in Anspruch genommen.



In dieser Form der Sozialpolitik zeigt sich letztlich eine Missachtung des Staates gegenüber der Arbeit seiner Bürger. Um diese umzusetzen, greift er tief in ihre Portemonnaies – selbst wenn das bedeutet, dass die persönliche Daseinssicherung gefährdet wird. Zur Not sollen es dann ein paar Groschen aus der Sozialkasse richten.

Diese Missachtung spürend, machen die Bürger mittlerweile ihre eigene Rechnung auf. So hat etwa ein reichweitenstarkes Blatt wie die «Zeit» seinen Lesern jüngst einen «Sozialleistungsrechner» zur Verfügung gestellt, mit dem jeder Bürger bestimmen kann, ob es sich finanziell lohnt, mehr zu arbeiten – oder ob man mit staatlichen Transferzahlungen besser fährt.

Arbeit lohnt sich nicht mehr

Der Kurs der deutschen Regierung wird mittlerweile selbst von manchen Gewerkschaftern mitgetragen. [Als Finanzminister Christian Lindner vor einer Woche vorschlug](#), Arbeitnehmer zumindest für Überstunden steuerlich zu entlasten, ihnen somit mehr Geld für geleistete Arbeit zuzugestehen, kam Gegenwind ausgerechnet vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die DGB-Chefin Yasmin Fahimi sprach von «verrückten Ideen», die lediglich dazu führten, Vollzeitarbeit zu verdrängen oder die geschlechterungleiche Verteilung von Arbeit noch weiter anzukurbeln.

Was schon faktisch, vorsichtig ausgedrückt, Unsinn ist. Tatsächlich ist die Teilzeitquote unter Frauen hoch. Hier gäbe es noch viel Raum für die «Ampel», und damit auch für die FDP, wohlbermerkt, Entlastung etwa in der Kinderbetreuung zu schaffen, um sie stärker am Erwerbsleben partizipieren zu lassen. Sieht man sich allerdings die Gründe aller Beschäftigten an, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, fällt auf: Die Betreuung von Kindern oder von pflegebedürftigen Angehörigen spielt in der Gesamtheit nur eine untergeordnete Rolle, wenn sich Menschen für mehr Freizeit und damit gegen eine Vollzeitbeschäftigung entscheiden. Im Jahr 2021 war das lediglich für rund 24 Prozent der Arbeitnehmer der Grund, warum sie ihre Arbeitsstunden reduzierten. [Das geht aus einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes hervor](#). Die grösste Gruppe, rund 27 Prozent, entscheidet sich hingegen auf eigenen Wunsch bewusst gegen die Vollzeitarbeit.

Was auch daran liegen dürfte, dass sich die Arbeit für manche schlichtweg nicht mehr lohnt. Jeder zweite Einkommens-Euro wandert mittlerweile in die

Staatskasse. Der Einkommensabstand zwischen denen, die arbeiten, und jenen, die es nicht tun, ist in manchen Berufen deshalb gering. Kein Wunder also, dass sich viele lieber für die Freizeit und gegen den Job entscheiden.

Meine Highlights aus der «Neuen Zürcher Zeitung»



«Ich bin der Kanzler, und deshalb ist das so»: Olaf Scholz.

AP/Markus Schreiber

- **Unbeliebt.** Der Autor Daniel Brössler hat eine Biografie von Olaf Scholz vorgelegt, in der ein einfühlsames, aber auch kritisches Bild des deutschen Kanzlers gezeichnet wird. [Zur Rezension](#)
- **Unverhofft.** Der Handelskonzern Galeria Karstadt Kaufhof bekommt einen neuen Eigentümer – und damit eine weitere Chance. [Zur Analyse](#)
- **Unerwünscht.** Die bayrische Landesregierung will das Oktoberfest, das weltweit grösste Volksfest, zur «Cannabis-freien Zone» erklären. [Zum Bericht](#)

Gefällt Ihnen «Der andere Blick»? Dann leiten Sie diesen Newsletter an Ihre Freunde weiter.

Haben Sie diesen Newsletter von einem Freund erhalten? [Melden Sie sich hier für den werktäglichen Newsletter «Der andere Blick» an.](#)

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ihr Johannes C. Bockenheimer

Neue Zürcher Zeitung



[Alle NZZ-Newsletter im Überblick](#)

[Diesen Newsletter abbestellen](#)

[Kontakt](#) [AGB und Datenschutz](#) [Impressum](#)